Ausschuß für Jugend und Familie

Protokoll

16. Sitzung (nicht öffentlich)

25. September 1986

Frechen - Rathaus

9.30 bis 16.15 Uhr

Vorsitzender: Abg. Hellwig (SPD)

Stenograph: Schrader

Verhandlungspunkte:

1 Haushaltsgesetz 1987

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 10/1250

Einzelplan 07 - Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales
Beilage 3 - 37. Landesjugendplan

Kapitel 07 050 - Familienhilfe, Jugendhilfe, Soziales Aus-
bildungswesen und allgemeine frauenpoliti-
sche Angelegenheiten

Kapitel 07 410 - Sozialpädagogisches Institut für Kleinkind-
und außerschulische Erziehung (SPI)

Vorlagen 10/549, 10/568, 10/569, 10/589, 10/615

Nach den den schriftlichen Bericht zur Einführung in
den Haushaltsplanentwurf des Einzelplans 07 ergänzen-
den Ausführungen des Staatssekretärs nimmt der Aus-
schuß mit einer generellen Aussprache seine Haus-
haltsberatungen auf.

Ausschuß für Jugend und Familie
16. Sitzung

25.09.1986

2 Schuldnerberatung

Der Ausschuß legt das Beratungsverfahren zu der o. a. Thematik fest.

3 Sozialpädagogische Familienhilfe - Bestandsaufnahme und Perspektiven

Information 10/15
Ausschußprotokoll 10/247

Nach Berichten des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales, eines Vertreters des Instituts für soziale Arbeit, von Vertretern der Landesjugendämter und eines Vertreters der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege diskutiert der Ausschuß die mit der Sozialpädagogischen Familienhilfe bisher gemachten Erfahrungen.

4 Information über das Projekt "Sozialpädagogische Familienhilfe Frechen"

Der Ausschuß läßt sich über die Erfahrungen mit dem Projekt berichten.

Ausschuß für Jugend und Familie
16. Sitzung

25.09.1986
sr-mm

Aus der Diskussion

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt der Vorsitzende mit, der Bericht über die Reise einer zehnköpfigen Ausschußdelegation in die Schweiz, auf der sie sich über die Möglichkeiten des Einsatzes von Methadon in der Drogentherapie informiert habe, werde zur Zeit erstellt und nach Verteilung im Ausschuß zur Diskussion anstehen.

Minister Heinemann habe für den 16. und 17. Oktober dieses Jahres zu einem Symposium zum Thema "Medikamentengestützte Rehabilitation" in den Tagungsraum der Düsseldorfer Messe eingeladen. Er bitte um Teilnahme der Ausschußmitglieder. Aus diesem Grunde sei die für den 16. Oktober 1986 vorgesehene Sitzung des Ausschusses auf den 15. Oktober, 14.00 Uhr, vorverlegt worden.

In der nächsten Sitzung am 15. Oktober 1986 stünden folgende Themen zur Beratung an:

- Haushaltsgesetz 1987 (Einzelberatung),
- Antrag der CDU-Fraktion "Schutz des ungeborenen Lebens",
- Bericht über die Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt.

Zu 1: Haushaltsgesetz 1987

Der Vorsitzende verweist auf die dem Ausschuß zugegangenen Vorlagen 10/568 des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales, 10/569 - Erläuterungsband zum Einzelplan 07 -, 10/549 des Kultusministers sowie 10/589 und 10/615 des Ministers für Wissenschaft und Forschung.

Staatssekretär Nelles (Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales) schickt voraus, dem Ausschuß sei mit der Vorlage 10/568 der Text der ausführlichen Einführungsrede übersandt worden. Deshalb wolle er nur einige wenige Anmerkungen zur Erläuterung des Haushaltsplans machen.

Ausschuß für Jugend und Familie
16. Sitzung

25.09.1986
sr-mm

Die Gesamtausgaben der Kapitel 07 050 und 07 410 des Einzelplans 07 betragen rund 873 Millionen DM. Damit seien diese Bereiche gegenüber dem laufenden Haushaltsjahr um rund 42 Millionen DM oder etwa 5 % aufgestockt worden. Die Mittel für die allgemeinen frauenpolitischen Angelegenheiten, die bisher im Einzelplan 07 veranschlagt gewesen seien, seien wegen der organisatorischen Änderungen innerhalb der Landesregierung nunmehr in den Einzelplan 02 des Ministerpräsidenten verlagert worden.

In den verschiedenen Fördergebieten habe man es erreichen können, die Ansätze zur Förderung von Personal-, Sach- und Betriebskosten generell um 3 bis 4 %, zum Teil auch etwas mehr zu steigern, um so wenigstens einen Ausgleich für zu erwartende Kostensteigerungen und Tariferhöhungen zu haben. Dieses Anliegen habe der Ausschuß über Jahre vorgetragen. Daß dies nunmehr gelungen sei, müsse vor dem Hintergrund der finanziell schwierigen Lage des Landes als erfreulich bezeichnet werden.

Durch Aufnahme weiterer Projekte der Jugendhilfeeinrichtungen "Die Brücke" habe man eine gewisse Ausdehnung des Förderumfangs erzielen können. Hier gehe es darum, straffällig gewordene Jugendliche zu unterstützen, damit sie in die Gesellschaft wieder eingegliedert werden könnten.

Der Landesjugendplan habe trotz der angespannten finanziellen Lage des Landes mit 13,6 Millionen DM gegenüber dem laufenden Haushaltsjahr leicht verbessert werden können.

Ein Stichwort, das in den letzten Monaten in den Beratungen des Ausschusses Beachtung gefunden habe, sei die Frage des Bewilligungsrahmens für Investitionsvorhaben im Bereich der Kindertageseinrichtungen. Man habe bereits dargelegt, daß man in diesem Jahr leider nur einen Bewilligungsrahmen von 25 Millionen DM zur Verfügung habe. Dieser Rahmen werde sich 1987 auf knapp 30 Millionen DM erhöhen. Zur Zeit liege ein Antragsbedarf in Höhe von rund 100 Millionen DM vor. Durch die verstärkte Wirksamkeit des Verfahrens, daß nicht nur neu gebaut werde, sondern auch in bestehenden Gebäuden Kindergärten eingerichtet würden, werde man mit den im Jahre 1987 zur Verfügung stehenden Mitteln eine Reihe von dringenden Anträgen auf Förderung von großen Instandsetzungen und Sanierungen und die Neuerrichtung von 2 000 Kindergartenplätzen bedienen können. Nach den Informationen der Landesjugendämter hätten die neuen Richtlinien recht gut gegriffen, so daß man davon ausgehe, daß 1 700 Kindergartenplätze in den noch herzurichtenden, aber schon vorhandenen Gebäuden eingerichtet werden könnten.

Abg. Rösenberg (CDU) merkt zunächst positiv an, daß die Unterlagen für die Haushaltsberatungen frühzeitig eingegangen seien, was in den Vorjahren nicht immer der Fall gewesen sei.

Ausschuß für Jugend und Familie
16. Sitzung

25.09.1986
sr-mm

Minister Heinemann bezeichne es in seiner Einführungsrede als positiven Lichtblick, daß in dem den Ausschuß berührenden Haushaltsbereich im Jahre 1987 mit einer Steigerung von 42 Millionen DM oder 5 % zu rechnen sei. Wenn er, Rösenberg, dem allerdings die Steuermehreinnahmen des Landes Nordrhein-Westfalen, bedingt durch die Verbesserungen der Rahmenbedingungen aufgrund der Bundespolitik, in Höhe von 3 Milliarden DM oder 7 % gegenüberstelle, müsse er feststellen, daß der Bereich der Jugend- und Familienpolitik etwas unterproportional ansteige.

Wenn man die Einführungsrede in den Haushalt 1987 mit denen der vorhergehenden Jahre vergleiche, müsse man konstatieren, daß sich nicht nur die Formulierungen teilweise glichen, sondern daß sich auch entgegen den Äußerungen von Kabinettsmitgliedern und führenden Personen der SPD-Fraktion Perspektiven, Impulse, Ideen und neue Anregungen nicht erkennen ließen.

Er teile die Meinung des Ministers, daß in den letzten Jahrzehnten wesentliche Impulse für die Familien- und Jugendpolitik vom Lande Nordrhein-Westfalen ausgegangen seien. Er teile diese Einschätzung auch unter Berücksichtigung der Aussagen im Kinder-, Jugend- und Familienbericht des Landes. Allerdings vermisse er, daß diese Vorgaben, über die Übereinstimmung bestehe, umgesetzt würden. Hier werde die begrenzte oder teilweise totale Handlungsunfähigkeit aufgrund enger finanzieller Spielräume deutlich. Das alles habe natürlich Ursachen, und diese würden erkennbar, wenn man die Zahlen in den Zeiten, in denen der Ministerpräsident sein Amt übernommen habe, mit den heutigen Daten in Vergleich setze; es werde kein Fortschritt, sondern eine Zurückentwicklung offenkundig.

Nun vergleiche man auch die Aussagen in der Einführungsrede mit dem, was sich im Parlament und in den Ausschüssen tue. Als im Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge der Antrag der CDU-Fraktion "Schutz des ungeborenen Lebens" erstmals beraten worden sei, habe Minister Heinemann argumentiert, die für eine Landesstiftung beantragten 20 Millionen DM seien keine wesentliche Hilfe, und der Fraktionsvorsitzende der SPD habe in der Plenardebatte in diesem Zusammenhang von einem "läppischen Almosen" gesprochen. Wenn er, Rösenberg, diese Formulierung aufnehme, müsse er feststellen, daß das Land nicht einmal mehr in der Lage sei, Almosen zu finanzieren. Komme die CDU allerdings mit Anträgen höheren Volumens, werde ihr vorgeworfen, sie handle unverantwortlich und bedenke nicht die schwierige Haushaltssituation des Landes. - Hier sehe er einen krassen Widerspruch.

Minister Heinemann weise in seiner Einführungsrede darauf hin, daß es insgesamt eine Verbesserung der wirtschaftlichen Bedingungen gegeben habe - das sei in der Tat richtig -, meine aber,

Ausschuß für Jugend und Familie
16. Sitzung

25.09.1986
sr-mm

dies habe sich noch nicht bei den öffentlichen Finanzen bemerkbar gemacht; hier müsse er, Rüsenberg, widersprechen. Der Finanzminister nämlich rede von erheblichen Steuermehreinnahmen.

Im Hinblick auf die familienpolitischen Leistungen des Landes werde dargelegt, das Land Nordrhein-Westfalen habe "nur" - und an dieser Formulierung störe er sich - die Aufgabe einer Ausglei-
chung und Flankierung. Selbstverständlich würden die wichtigsten Eckdaten im Bereich der Familienpolitik in Bonn gesetzt, aber nach dem Verständnis der CDU-Fraktion von politischer Gestaltung und aufgrund der Aussagen der Landesverfassung und der schon erwähnten Berichte habe das Land in diesem Politikbereich eine eigene Aufgabenstellung, der es gerecht werden müsse.

Erfolge würden in dem Bericht darzustellen versucht, indem betont werde, daß man Ansätze hier und da habe halten können. Dem könne er nur das entgegenhalten, was 1979 und 1980 gewesen sei, und das gebe im Vergleich zu heute keinen Grund, eine positive Entwicklung zu verzeichnen.

Minister Heinemann stelle in seinem Bericht fest, ein konzeptioneller Stillstand sei nicht vorhanden. Diese Meinung teile er, Rüsenberg, nicht. In den einzelnen Überlegungen, die sich daran anschließen, und in den Daten des Haushalts könne er keine konzeptionellen Ideen finden, es sei denn, daß man es schon als eine konzeptionelle Erneuerung in diesem Lande verstehe, daß man nach zweijährigem Nachdenken den Begriff "Familienerholungsmaßnahmen" anders definieren wolle oder daß man drei Anlaufstellen "Kindesvernachlässigung, Kindesmißhandlung" geschaffen habe, wobei er das Anliegen als solches ausdrücklich unterstütze.

Im investiven Bereich bleibe der Haushalt weit hinter allen Erwartungen zurück. Dies werde insbesondere bei den Investitionsvolumina für Kindertageseinrichtungen und Jugendhilfeeinrichtungen deutlich. In diesem Bereich gehe es nur noch darum, Substanzerhaltung zu betreiben; dem Bedarf werde man nicht annähernd gerecht.

Die Frage der Anreizfinanzierung sollte den Ausschuß grundsätzlich beschäftigen. Er teile die Argumentation, daß eine Anreizfinanzierung geeignet sei, notwendige Impulse zur Verbesserung von Strukturen im jugend- und sozialpolitischen Bereich zu erzielen. Allerdings sei auch die Frage - und diese Frage stellten insbesondere die Träger im Lande, die aufgrund der Anreizfinanzierung in die Arbeit eingestiegen seien -, wie sich die Finanzierung des Landes weiterentwickle, ob sie begrenzt sei, auslaufe oder sich sukzessive auf Null zurückziehe.

Ausschuß für Jugend und Familie
16. Sitzung

25.09.1986
sr-mm

Abg. Reichel (F.D.P.) legt dar, Staatssekretär Nelles habe in bezug auf mehrere Bereiche darauf hingewiesen, daß eine Ausdehnung des Förderumfangs habe erreicht werden können. Dagegen stehe das Anliegen der F.D.P.-Fraktion, die Konsolidierungsbestrebungen um den Haushaltsplan weiter voranzutreiben, als dies der Finanzminister versucht habe. Deshalb sei zu fragen, inwieweit Sparvorschläge bei der Aufstellung des Haushalts des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales und möglicherweise auch in Gesprächen mit Trägern von Jugend- und Familienmaßnahmen eine Rolle gespielt hätten, in welchen Bereichen Sparvorschläge konkret diskutiert worden seien und welche Aufgabenkritik im Sinne einer Optimierung des Einsatzes von Landesmitteln an dem stattgefunden habe, was das Land bisher fördere.

Abg. Heckelmann (SPD) führt aus, der Arbeitskreis der SPD-Fraktion werde sich auf einer Klausurtagung morgen und übermorgen intensiv mit dem den Ausschuß berührenden Teil des Haushalts beschäftigen; diesen Beratungen wolle er nicht vorgreifen.

Er stelle sich einmal vor, das 700-Millionen-DM-Programm zur Bekämpfung des Ausbildungsplatzmangels und der Jugendarbeitslosigkeit wäre schon seit zwei Jahren nicht notwendig und man hätte einen Teil dieser Mittel in den Einzelplan 07 einbringen können. Er sei sich sicher, daß allen eine ganze Menge eingefallen wäre, was mit dem von seinem Volumen her dann größeren Haushalt finanziert werden könnte. So aber habe eine andere jugend- und familienpolitische Präferenz gesetzt werden müssen, die die SPD-Fraktion aber auch teile und nachdrücklich unterstütze. Er freue sich darüber, daß der Landeshaushalt die zur Bekämpfung des Ausbildungsplatzmangels und der Jugendarbeitslosigkeit notwendigen Mittel ausweise.

Wenn es der Argumentation des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales gelungen sei, in dem vom Ausschuß für Jugend und Familie zu verantwortenden Teil des Einzelplans 07 eine Steigerung von rund 5 % zu erreichen, dann müsse festgestellt werden, daß dieser Bereich in einem höheren Maße als der Gesamthaushalt habe angehoben werden können. Ein Vergleich mit den 7 % Steuermehreinnahmen aber sei seines Erachtens falsch; denn diese 7 % machten es auch möglich, die Nettokreditneuverschuldung auf 5,6 Milliarden DM abzusinken und damit, wie er hoffe, die Planbarkeit des Einzelhaushalts in den nächsten Jahren zu sichern.

Man sei auch froh darüber, daß das seit Jahren beklagte "Hickhack" um einzelne Positionen im Einzelplan 07 nicht mehr stattfinde und damit für die Träger das erreicht worden sei, was Abg. Rösenberg in anderer Weise die berechenbaren Daten genannt habe. - Für das Erreichte wolle die SPD-Ausschußgruppe dem Minister ihren Dank aussprechen.

Ausschuß für Jugend und Familie
16. Sitzung

25.09.1986
sr-mm

Bei der Konferenz der jugend- und familienpolitischen Sprecher der SPD-Landtagsfraktionen sei ihm, Heckelmann, deutlich geworden, welche jugend- und familienpolitischen Perspektiven das Land in den letzten Jahren ergriffen und finanziert habe; diese stellten mehr als nur die ergänzende Funktion der Familienpolitik dar. Insofern treffe die Kritik des Abg. Rösenberg bei einem Ländervergleich sicherlich nicht zu.

Zu überlegen sei, wie man im Bereich der Investitionen für Kindertagesstätten und für Heime der offenen und teiloffenen Türen vielleicht zu anderen Lösungen kommen könne, mit denen über die 30 Millionen DM eine andere Form der Finanzierung möglich sei. Der Minister und der Staatssekretär hätten dazu in einer der letzten Sitzungen Vorschläge gemacht, die die SPD-Ausschußgruppe in einer Anhörung mit freien Trägern und Verbänden diskutiert habe. Daraus werde man sicherlich Konsequenzen ziehen.

Der Parlamentarier faßt zusammen, die SPD-Ausschußgruppe habe eine positive Einstellung zu dem vorgelegten Entwurf des Einzelplans 07 und zu den vom Ausschuß zu verantwortenden Positionen.

Abg. Bensmann (CDU) erinnert daran, er habe den Minister um eine Aufstellung der Haushaltsansätze und des Abschlusses dieser Ansätze im Bereich der Hilfen gegen Jugendarbeitslosigkeit gebeten; diese Aufstellung habe er vom Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales dankenswerterweise erhalten. Aus ihr gehe hervor, daß wesentliche Haushaltsmittel nicht abgeflossen seien. Er halte es für sinnvoll, wenn dies dem Ausschuß auch im Hinblick auf die Gesamtperspektiven einmal vorgetragen würde. Denn wenn große Teile der Haushaltsmittel, die vom Parlament bereitgestellt würden, nicht abfließen, so müßten nach seiner Meinung seitens der Landesregierung daraus Konsequenzen gezogen werden.

StS Nelles (MAGS) führt aus, Abg. Rösenberg habe angemerkt, in der Plenardebatte um die von der CDU-Fraktion beantragten 20 Millionen DM für eine Landesstiftung "Mutter und Kind" sei das Wort "Almosen" gefallen. Dies könne man aber nicht in Relation dazu setzen, wieviel Geld für einen solchen Zweck im Haushalt vorhanden sei oder nicht. Dieses Wort solle doch lediglich die Tatsache charakterisieren, daß hier nicht Ansprüche geschaffen würden, sondern nur Beträge nach Maßgabe des vorhandenen Geldes bereitgestellt würden, und dies halte man von seiten der Landesregierung nicht für eine sinnvolle Politik.

Es sei unstreitig, daß die grundlegenden und elementaren Rahmenbedingungen für die Familienpolitik bundesrechtlich gelegt werden müßten. Wenn das Land - und das sei auch nicht zu bestreiten - eine eigenständige Aufgabe in diesem Bereich zu erfüllen habe, so könne diese gleichwohl nur flankierender und ergänzender Art sein.

Ausschuß für Jugend und Familie
16. Sitzung

25.09.1986
sr-mm

Abg. Rösenberg habe zum Ausdruck gebracht, daß in dem vorliegenden Haushaltsplan große neue konzeptionelle Ideen nicht zu finden seien. Dies sei richtig. Aber wenn bei der finanziellen Enge des Landeshaushalts an einzelnen Stellen überhaupt noch neue Konzeptionen entwickelt werden könnten, könne man dies positiv bewerten, zumal, unabhängig von dem verfügbaren Geld, nicht in jedem Jahr und in jedem Politikbereich umwerfende neue Ideen entwickelt werden könnten.

Er schlage vor, die von Abg. Bensmann aufgeworfene Frage des Abflusses der Haushaltsmittel im Bereich der Hilfen gegen Jugendarbeitslosigkeit im Zusammenhang mit den Einzelberatungen zu behandeln. Schon jetzt wolle er aber darauf hinweisen, daß bei allen Programmen zwischen dem Zeitpunkt der Bereitstellung des Bewilligungsrahmens und der Bewilligung der konkreten Maßnahme über einen längeren Zeitraum zu unterscheiden sei.

Ein wichtiger Erfolg sei - darauf habe Abg. Heckelmann auch schon verwiesen -, daß man den Trägern relative Sicherheit vermitteln könne, indem Bewilligungen nur dann erfolgten, wenn auch in den Vorjahren gefördert worden sei, und indem man die Anpassung an die absehbaren Kostenentwicklungen nicht mehr in jedem Einzelfalle erst mühsam erstreiten müsse.

Zu der Frage, wie es in dem Spannungsfeld der Bemühungen um Haushaltskonsolidierung einerseits und der Wünsche und Notwendigkeiten andererseits aussehe, wolle er zwei Anmerkungen machen: Die Steigerungsrate in den Anmeldungen zum Haushaltsplanentwurf aus dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales habe etwa 250 Millionen DM betragen; das Konsolidierungskonzept des Finanzministers sei davon ausgegangen, daß man ungefähr 170 Millionen DM weniger als im laufenden Haushaltsjahr bekommen solle. - Angesichts der generellen finanziellen Enge habe man mit vielen Trägern verhandelt, und dabei sei immer wieder zum Ausdruck gebracht worden, daß das, was gefördert werde, durchweg so wichtig sei, daß nirgendwo etwas weggenommen werden könne. Das kennzeichne die Situation, vor der das Ministerium und auch die Träger stünden.

Frau Abg. Hieronymi (CDU) geht davon aus, daß im Ausschuß die schwierige Finanzlage des Landes bekannt sei. Wenn sich dieser Ausschuß nicht als Lobby der Kinder, Jugendlichen und Familien verstehe und in der Konkurrenz mit anderen Bereichen soviel wie möglich herauszuholen versuche, hätte er seine Aufgabe nicht richtig verstanden. In diesem Sinne wolle sie auf einige Punkte in dem Bericht des Ministers hinweisen.

Minister Heinemann habe gestern im Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge dargelegt, daß mit einem Investitionsvolumen von 1 Million DM rund 20 Arbeitsplätze gesichert werden könnten. Unter